

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Anzeigenstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 50 Pf. Inland. Ausland 3 Mk. 50 Pf. Einzelnummern 10 Pf. (Postzusatz 5 Pf.).

Kriegspreis: Die 8-spaltige Raumpalte 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der öffentlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. pro Linie, die 3-spaltige Raumpalte 10 Rpf., die 2-spaltige Raumpalte 5 Rpf. pro Linie. Nachzahlungsgeld für 20 Reichspennige. Verspätungsgeld 20 Reichspennige. Verlangungsgeld 20 Reichspennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 284 — 89. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Sonnabend, den 6. Dezember 1930

## Brüning warnt die Parteien

### Die Notverordnung vor dem Reichstag.

Berlin, 5. Dezember.

Die schon am Morgen um 10 Uhr beginnende Fortsetzung des Reichshaushalts für 1931 und der Notverordnung vor dem Reichstag hat den allerdings schwachbesetzten Zuhörertribünen in ihrem größten Teil wesentliche Anregung gegeben. Das gar zu oft Gesagte wurde immer wiederholt und ausgewärmt. Erst als der Reichskanzler selbst in die Debatte eintrat, erwachte lebhafteres Interesse. Dr. Brüning ging insbesondere auf die Verhältnisse der Landwirtschaft ein und sagte, er könne das Widerstreben der der Landwirtschaft nahestehenden Parteien gegen die Sanierungsmassnahmen nicht verstehen. Bei dem Absinken der Weltpreise für alle Agrarprodukte dürfe man nicht daran denken, der deutschen Landwirtschaft eine Ausnahmestellung bei der Ausbringung der Kosten für den verlorenen Krieg einzuräumen. In keinem Lande der Welt sei so viel für die Landwirtschaft geschehen wie gerade in Deutschland, wo niemand leugne, daß sie in außerordentlichem Maße leide. Der Kanzler warnte schließlich alle Parteien mit großer Eindringlichkeit davor, sich ihrer Pflicht für Volk und Vaterland zu entziehen.

Von rechts blieb der Einspruch gegen Brüning's Ausführungen nicht aus, ebenso ein wenig später, als Außenminister Dr. Curtius außenpolitische Anregungen des Abg. Freytag-Loringhoven zur Debatte mit dem Hinweis, Dinge der Außenpolitik seien in diesem Augenblick nicht am Platze. Sie würden an anderem Ort und an anderer Stelle genügend gewürdigt werden.

### Sitzungsbericht.

(9. Sitzung.)      Berlin, 5. Dezember.

Die Auseinandersetzung zum Reichshaushalt 1931 und zur Notverordnung wird fortgesetzt mit einer Rede des Abg. Kippel (Christlichsoz.). Bessere Vorschläge als die der Regierung, sagt der Redner, habe man in der Aussprache nicht gehört. Tributvoll und Entgelung seien nichts anderes als Festschreiben von Dingen, die ohnehin geschehen werden. Die Christlichsozialen wollen mithelfen, das Volk wieder lebensfähig zu machen.

Abg. Drewh (Wirtschaftspartei): Wir haben immer die Ausgabensenkung gefordert. Von der Regierung müssen wir verlangen, daß sie sich energisch gegen die Beamtenorganisationen wendet, die jetzt der Wirtschaftspartei die Verantwortung für die Gehaltsentfaltung aufbürden wollen und zum Verlust der Geschäfte auffordern, deren Inhaber unsere Mitglieder sind. Wir haben uns nicht gegen den Preisabbau gestraubt, aber wir haben erklärt, daß die ganze Aktion nur Spiegelbilderei ist. Der Redner stellt zum Schluß fest, daß seine Partei die Notverordnung ablehne.

Abg. Kausch (Wahr. Sp.): Das Reich kann man nicht dadurch retten, daß man Länder und Gemeinden die Kosten tragen läßt. Es sei für das deutsche Volk eine Schicksalsfrage, daß wir von den hohen Preisen herunterkommen. Preise, Gehälter und Löhne müssen gleichmäßig gesenkt werden. Wir sind, so schließt der Redner, vom besten Willen befeelt, das Reich zu schützen und ihm zu helfen, wir verlangen aber auch die Sicherung der Existenz der Länder.

Abg. Dr. Weber (Dt. Staatspartei) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die der Besorgnis darüber Ausdruck gibt, daß binnen kurzer Zeit das Parlament zweimal auf sein Gesetzgebungsrecht verzichten müsse. In der Erklärung wird ferner die Hoffnung ausgesprochen, daß die Preisgestaltung unter Mitwirkung der Regierung einen Ausgleich für das den Beamten auferlegte Gehaltsopfer herbeiführt. Lebhaftes Bedenken bestanden gegenüber den neuen Jollerhöhungen. Die Grundlinie der Politik der Staatspartei ist die Sicherung und Verteidigung des Staates. Schon diese Grundlinie macht es der Staatspartei zur Pflicht, die Bedenken im einzelnen zurückzustellen und der Notverordnung zuzustimmen.

### Reichskanzler Dr. Brüning

beginnt seine Ausführungen mit der ausdrücklichen Feststellung, daß die Reichsregierung von ihren Nachrichten an die Presse im Falle Vredt kein Wort zurückzunehmen hat und daß ihre Angaben völlig der Wahrheit und der Wirklichkeit entsprechen. Wenn der Abg. Drewh erklärte, die Notverordnung könne die Wirtschaft nicht voll befriedigen, so ist darauf hinzuweisen, daß die Reichsregierung nie ein Hehl daraus gemacht hat, daß

die Notverordnung nur einen Anfang darstellt, dem weitere Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft folgen müssen. Die Regierung hat zahlreiche Wünsche der Parteien verwirklicht. Voll und ganz können ja die Forderungen der Parteien niemals erfüllt werden. Ich habe mich besonders über die Rede des Abg. Gerke für die Landvolkpartei gewundert. Mir einzelnen Forderungen kann man der Landwirtschaft nicht grundlegend helfen. Wir sind bei den Jollerhöhungen gewiß weit gegangen und es gibt wohl nur wenige Länder, die eine so erfolgreiche

Politik für die Landwirtschaft getrieben haben wie wir. (Lebh. Widerspruch rechts.) Die Bestrebungen der Reichsregierung waren in erster Linie darauf gerichtet, die Landwirtschaft vor einer Katastrophe zu schützen, während die Weltmarktpreise immer weiter abrutschten in einem Umfang, wie er in den letzten vierzig Jahren nicht dagewesen ist. (Zuruf: Die Tribute.) Alle Deutschen ohne Unterschied der Partei empfinden die schweren Reparations-

lagen und kämpfen nur ihre Verleichterung. Wenn Sie aber nichts weiter können, als hinter jedes Problem immer nur die Tributfrage zu setzen, dann können Sie weder der Landwirtschaft noch der Arbeiterchaft helfen. (Lebh. Zustimmung in der Mitte.)

Wenn die Landvolkpartei zu den notwendigsten Sanierungsmassnahmen der Reichsregierung ihre Zustimmung nicht gibt, dann werden auch alle weiteren Massnahmen die Lage der Landwirtschaft nicht verbessern. Das erste Problem auch für die Landwirtschaft ist die Sicherung der öffentlichen Finanzen. (Zustimmung in der Mitte — Rufe rechts: Und die Steuern!) Das Steuervereinfachungsgesetz ist doch nichts anderes als die Einführung eines steuerfreien Existenzminimums von 6000 Mark jährlich für die Landwirtschaft. (Rufe bei den Komm.: Wo bleibt die Hilfe für die Arbeiterchaft?) Haben Sie denn noch immer nicht verstanden, wie ungeheuer wir die Ausgaben für Arbeitslosen- und Krisenfürsorge

erhöht haben, daß die Preise tatsächlich gesenkt worden sind und daß unser Bestreben darauf gerichtet ist, auch die Arbeiterchaft vor dem völligen Zusammenbruch zu retten? Ich muß davor warnen, daß im Laufe der Debatte die Parteien sich bei der Kritik in Einzelheiten verlieren, ich muß davor warnen, daß dadurch eine Stimmung herausbeschworen wird, die nicht nur im Hause, sondern außerhalb und in der Welt die bedenklichsten Konsequenzen haben würde.

Es ist meine Pflicht, in dieser ersten Stunde Sie zu bitten, daß die Notverordnung, wie sie jetzt ist, nicht aufgehoben wird und daß die Entscheidung ehestens gefällt wird. Seien Sie sich Ihrer Verantwortung bewußt, Sie wissen nicht, was alles hinter einem Scheitern der Notverordnung stehen kann. Ich bin der Überzeugung, daß es genügt, die Parteien an diese Verantwortung erinnert zu haben, daß sie sich ihrer Pflicht dem Staate und dem Volke gegenüber bewußt werden und den Willen zu den Massnahmen haben, die für Volk und Vaterland jetzt erforderlich sind. (Lebh. Beifall in der Mitte.)

Abg. Rosenber (Nat. Soz.): Das Versäulter Diktat bedeutet tatsächlich einen Bruch der von Wilson beschworenen vierzehn Punkte. Auch der reichste Staat wie Amerika müßte darauf aufmerksam gemacht werden, daß er eine Ehre zu verlieren habe. Deutschland müßte sich von dem heutigen System der Außen- und Innenpolitik abwenden.

Abg. Schröder-Wersburg (Komm.) verbreitet sich über das vorliegende Programm der Regierung in der Beziehung, daß es einen Staat des Hungers aufrichte. Dem werde seine Partei auf das schärfste widersprechen.

Abg. Lillo (Soz.) weist kommunistische Angriffe zurück und verlangt fortgesetzte Arbeit des Senates im Sinne der Sozialdemokratie.

Abg. Bürges (Frt.): Die Notverordnung ist das Fundament zur Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen Existenzbedingungen. Es ist keine Schande, wenn wir zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft auf ausländisches Kapital zurückgegriffen haben. Redner erklärt zum Schluß, seine Fraktion würde manche Bedenken gegen Einzelheiten der Notverordnung zurückstellen und dafür stimmen im Interesse des Wiederaufbaus.

Abg. Dr. Freiherr von Freytag-Loringhoven (Dn.): Ich habe den Eindruck, als wenn die Regierung auch jetzt wieder der außenpolitischen Debatte ausweichen will. Dr. Curtius hat weder Plan noch Ziel. Verhandlung in Wesen und Revision im Osten sind unvereinbar miteinander. Das nationale Deutschland

### Reichsaussenminister Dr. Curtius:

Der dringende Wunsch des Reichskanzlers, so rasch wie möglich diese Beratungen mit einem positiven Beschluß zu beenden, muß unterstrichen werden. Das grobe Sanierungswort bildet eine wesentliche Voraussetzung für jede erfolgreiche Außenpolitik.

Ich kann, sagt der Minister, im Augenblick nicht auf allgemeine außenpolitische Erörterungen mich einlassen. Die Erklärung der Reichsregierung im Oktober hatte einen sehr wesentlichen außenpolitischen Teil. Drei Sitzungen des auswärtigen Ausschusses haben stattgefunden, in denen wir uns eingehend über alle Fragen unterhalten haben. (Rufe von rechts: Hinter verschlossenen Türen!) Ich glaube, daß wir hinter verschlossenen Türen und mit den Entschleunigen, die wir gefast haben, eine weit erfolgreichere Außenpolitik treiben können als mit agitatorischen Reden, die hier gehalten werden.

Der Minister tritt dann einzelnen Ausführungen des Abg. von Freytag entgegen. Eines Eingehens auf diese wolle er sich bei der üblichen Kampfesweise des Abg. von Freytag enthalten. Sowohl in der tschechischen, in der wemeländischen wie in der polnischen Frage hat der Abg. von Freytag-Loringhoven zum mindesten irrtümliche Darstellungen gegeben. Die Reichsregierung ist auf allen diesen Gebieten mit entsprechender Energie aufgetreten

und hat dafür Dank gefunden. Dem nationalsozialistischen Redner ist darin recht zu geben, daß es in der Außenpolitik weniger auf Rechtfertigung als auf Charakter ankommt. Ich will Ihnen sagen, was es heißt, Charakter zu haben: das heißt, die eigenen Leidenschaften und die Leidenschaften anderer zurückzudrängen, um die bisherige geradlinige und erfolgreiche deutsche Außenpolitik fortführen zu können. (Lärm und Zurufe rechts, Beifall bei den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten.)

Abg. Freiherr v. Stauffenberg (Landvolk) erinnerte den Reichskanzler daran, daß seine Partei schon früher grundsätzliche Bedenken gegen die Finanzpolitik äußert habe,

vor allem wegen der Steuervereinfachung. Die Partei lehne die Notverordnung ab, weil die Mittel nicht erwähnt sei; darum habe sie auch kein Vertrauen zur Regierung, die nicht den Mut hat, sich zum deutschen Volk zu bekennen.

Abg. Köster (Wirtschaftspartei) protestierte gegen die Getränkesteuer und die Erhöhung der Gemeindebeiträge. Wenn unser Volk sich sogar ein bescheidenes Glas Bier und eine Pfeife Tabak verweigern solle, dann sei der Lebensstand unter das erträgliche Maß herabgedrückt.

Abg. D. Rumm (Christlichsozial) bedauerte, daß die Mittel für die künftigen Aufgaben über das erträgliche Maß hinaus abgebaut worden seien.

Die Reihe der Redner ist am Abend noch ziemlich lang. Es sprachen noch Abg. Horstner (Wahr. Sp.), der zahlreiche Wünsche und Bedenken der Länder und Gemeinden äußerte. Er könne in der jetzigen Zeit der Notverordnung trotzdem die Berechtigung nicht abprechen.

Abg. Reinhardt (Nat. Soz.) erklärt, die Tribute seien nur mit ausländischen Anteilen bezahlt worden. Durch die Neuordnung der Tabaksteuer werde das Tabakgewerbe von der Regierung vernichtet. Wenn die Regierung die Interessen des Volkes nicht besser wahrnehmen könne, solle sie abtreten.

Abg. Hopp (Landvolk) erklärt, durch die Ausführungen des Reichskanzlers könne die irrtümliche Auffassung entstehen, als ob die Landwirte mit Einkommen bis 6000 Mark steuerfrei seien. Im übrigen würde die Landwirtschaft gern Einkommensteuer zahlen, wenn sie ein steuerfreies Existenzminimum von 6000 Mark hätten. Gegen die Verkopplung der Steuervereinfachung mit der Notverordnung müsse schärfer Protest erhoben werden.

Darauf wurden die Beratungen abgebrochen.

Die vom Reichsrat vorgeschlagene neue Diätenregelung, die im wesentlichen eine 20prozentige Herabsetzung der Diäten vorsieht, wird einstimmig genehmigt.

Die Anträge über den Kadenzschluß am Heiligabend werden der Ausschussberatung überwiesen.

### Die Sozialdemokraten für Brüning.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, gegen die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und gegen die Mißtrauensanträge zu stimmen.

### Leere Ministerfessel.

Bredt's Rücktrittsgesuch genehmigt. Der Reichspräsident hat das Rücktrittsgesuch des Reichsjustizministers Dr. Bredt genehmigt. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsjustizministers wurde Staatssekretär Joel betraut. Damit ist im Kabinett Brüning ein zweiter Ministerfessel frei geworden; ist doch an die Stelle von Dr. Curtius, nachdem dieser als Nachfolger Dr. Stresemanns das Auswärtige übernommen hatte, für das Reichswirtschaftsministerium ein Minister nicht ernannt worden, sondern der dortige Staatssekretär Dr. Trendelenburg wurde nur mit der Leitung der Geschäfte betraut. Gerüchte, die von der Neueinsetzung dieses Ministeriums durch einen bekannten volksparteilichen Wirtschaftsführer wissen wollten, haben sich bisher nicht bewahrheitet. Jetzt spricht man davon, daß beim Reichsjustizministerium ebenso verfahren, ein neuer Minister an die Stelle des zurückgetretenen Professors Bredt vorläufig nicht ernannt werden soll und der Staatssekretär Joel die Leitung des Ministeriums bis auf weiteres behält. Das Kabinett Brüning besteht zurzeit also aus dem Reichskanzler und nur noch sieben Ministern.

### Gesler über die Staatskrise.

Jahresessen des Herrenklubs. In den Atriosälen in Berlin fand das übliche Jahresessen des Deutschen Herrenklubs statt. Unter den zahlreichen Erscheinenden sah man u. a. den Reichspräsidenten v. Hindenburg mit Staatssekretär Weizsäcker, Reichskanzler Brüning und die Minister Groener, Dietrich, Schäfers, Güntard, Reichsbankpräsident Lutter, Reichswehrminister a. E. Gesler, den Chef der Heeresleitung und den Chef der Marineleitung u. a. mehr.

Reichsminister a. D. Gesler hielt eine Rede, die ein staatspolitische Betrachtung über die Frage „Was ist der Staat?“

bedeutete. Das Bild, das uns der Staat als politische Institution bietet, zeigt ihn, wie er überbürdet von Lasten und Aufgaben mühsam seinen Weg sucht und von einer fragwürdigen Situation in die andere laviert.

Die Minister, die sein Geschick zu lenken haben, werden jährlich mindestens einmal und zwar meistens als Verleger ausgeschifft.

Die Vertretung des Volkes im Parlament zersplittert sich von Wahl zu Wahl mehr, hat scheinbar alle großen Ziele verloren und schaltet sich schließlich ganz aus.

Das Volk betrachtet das Schauspiel als eine Flucht vor der Verantwortung. Die Staatskrise ist da und zwar die deutsche als ein besonderer Fall der Krise der Demokratie in der ganzen Welt. Letzte Ursache dieser Krise ist, daß der Staat sich übernommen hat. Wir haben diejenige Organisa-